

COMITE EUROPEEN DES
FABRICANTS DE SUCRE
CEFS
182, avenue de Tervuren
1150 – Brussels
Tel. 322/762 07 60

EUROPEAN FEDERATION OF FOOD,
AGRICULTURE AND TOURISM
EFFAT
38, rue Fossé-aux-Loups
1000 - Brussels
Tel. 322/218 77 30

**GEMEINSAME ERKLÄRUNG
DER EUROPÄISCHEN SOZIALPARTNER
ÜBER DIE AUSWIRKUNGEN
DER ERWEITERUNG
FÜR DIE ZUCKERINDUSTRIE
(EFFAT/CEFS)
KONFERENZ IN BRATISLAVA
4. - 5. NOVEMBER 2002**

Unter dem Eindruck der großen politischen und wirtschaftlichen Herausforderung, die die Erweiterung darstellt, haben die EFFAT¹ und das CEFS², die Sozialpartner der europäischen Zuckerindustrie, beschlossen, am 4. und 5. November 2002 in Bratislava eine Konferenz über die Auswirkungen dieses Ereignisses auf ihren Industriesektor zu organisieren.

Durch die Versammlung von Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer aus fünf Bewerberländern sowie von Verantwortlichen der Behörden ermöglicht es diese Konferenz, gemeinsam Überlegungen zur aktuellen Situation der Zuckerindustrie in Ungarn, Polen, der Tschechischen Republik, der Slowakei und Slowenien durchzuführen und eine erste Bewertung der vor dem Beitritt zu ergreifenden Maßnahmen vorzunehmen. Sie bietet ebenfalls die Gelegenheit, mit der Hilfe der Behörden eine gute Übernahme des gemeinschaftlichen Besitzstandes vorzubereiten. Ziel ist es, auf diese Weise mit allen beteiligten Parteien – Behörden, Arbeitgebern, Beschäftigten und ihren jeweiligen repräsentativen Verbänden – ihre spezifische Rolle zu bestimmen, die sie erfüllen werden müssen, um den Zeitraum vor dem Beitritt im Hinblick auf die Gewährleistung des Erfolges der Erweiterung bestmöglich zu nutzen.

¹ EFFAT: European Federation of Trade Unions for Food, Agriculture and Tourism. Die EFFAT hat 120 Mitgliedsorganisationen, die 2,5 Millionen Mitglieder in 35 Ländern vertreten. Zu diesen Ländern gehören Ungarn, Polen, die Tschechische Republik, die Slowakei, Slowenien, Litauen, Estland, Lettland, Rumänien und Bulgarien.

² Das Comité Européen des Fabricants de Sucre vertritt die Interessen aller Zuckerhersteller und –raffineure aus 15 europäischen Ländern (mit Ausnahme Luxemburgs, einschließlich der Schweiz) sowie aus Ungarn, der Slowakei und aus Slowenien.

Die Sozialpartner sind sich bewusst, dass die Übernahme des gemeinschaftlichen Besitzstandes die Notwendigkeit beinhaltet,

- eine ausreichende Wettbewerbsfähigkeit für ihren Industriesektor sicherzustellen, um seine Verpflichtungen gegenüber den verschiedenen Beteiligten in vollem Umfang zu erfüllen.
- die verschiedenen Marktorganisationen anzupassen, um schrittweise die Effizienz der Gemeinschaft zu erreichen. In den verschiedenen Ländern werden im Rahmen der Vorbereitung auf den Beitritt nach und nach eine Reihe von gesetzgeberischen Elementen eingeführt, bedeutende Umsetzungsarbeiten müssen jedoch - mit der Hilfe und der Unterstützung durch die Behörden - noch geleistet werden.
- die sozialen und umweltspezifischen Normen der EU umzusetzen.
- die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu verbessern. Dies gilt insbesondere für bestimmte Regionen, in denen sich die industriellen Strukturen deutlich unterscheiden und in denen die Anzahl der Zuckerfabriken noch sehr hoch ist. Hierbei ist anzumerken, dass die Anzahl der Zuckerfabriken in der Union zwischen 1991 und 2000 deutlich gesunken ist und diese Umstrukturierung noch weitergeht.

Die Sozialpartner stellen ebenfalls fest, dass die Gemeinschaftsregelung ihrerseits von zwei, mit dem internationalen Handel verbundenen Hauptfaktoren bestimmt wird:

- Sowohl für die Union wie für das zukünftige erweiterte Europa setzen die WTO-Regeln restriktive Grenzen für die Ausfuhren von Zucker mit Erstattung fest.
- Die jüngste Politik der Öffnung der Grenzen der Europäischen Gemeinschaften für den Zucker aus den Balkanländern und den am wenigsten entwickelten Ländern wirft das Problem einer zunehmenden Überversorgung des europäischen Marktes auf.

Angesichts der Bedeutung dieser Herausforderungen sind die Sozialpartner entschlossen, eine konstante Kommunikation mit den politischen Entscheidungsträgern auf der nationalen wie auf der europäischen Ebene aufrechtzuerhalten, um eine bestmögliche Anpassung der Politiken zu unterstützen.

Ausgehend von einer Analyse der derzeit stattfindenden, unumgänglichen Anstrengungen für eine Änderung der industriellen Landschaft unterstreichen die Sozialpartner die Bedeutung des europäischen sozialen Dialogs und

- bestätigen erneut ihren Willen, die Information und den Meinungs austausch über alle Fragen, die wirtschaftliche Auswirkungen auf ihren Sektor haben, fortzusetzen, wie dies derzeit im Rahmen des europäischen sozialen Dialogs³ der Fall ist;
- unterstreichen die Möglichkeit, im Rahmen ihres Dialogs gemeinsam politische Initiativen zu ergreifen, falls dies notwendig ist;
- sind bereit, weiterhin so weit wie möglich die Entwicklung eines erweiterten sozialen Dialogs im Rahmen ihres europäischen Ausschusses für den sektoralen Dialog zu fördern;

³ Siehe das am 12. November 1997 zwischen dem CEFS und der EFFAT unterzeichnete Übereinkommen sowie die am 29. November 1999 unterzeichnete Geschäftsordnung des Ausschusses für den sektoralen Dialog.

- schlagen vor, hierzu innerhalb des sektoralen Ausschusses eine spezifische MOEL-Ad-hoc-Gruppe zu schaffen, um
 - die Themen von gemeinsamem Interesse zu bestimmen, in Bezug auf die sie in einer signifikanten und nützlichen Weise im Rahmen des erweiterten Europa Fortschritte machen können;
 - bestimmte Aspekte in Zusammenhang mit der Umsetzung der europäischen Rechtsvorschriften, z.B. der Rechtsvorschriften über die Unterrichtung und Anhörung, anzusprechen, da sie anerkennen, dass „eine rechtzeitige Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer [...] eine Vorbedingung für die erfolgreiche Bewältigung der Umstrukturierungsprozesse und für eine erfolgreiche Anpassung der Unternehmen an die [...] neuen Bedingungen“⁴ ist;
- verpflichten sich, die derzeit laufenden Arbeiten in Bezug auf die Soziale Verantwortung der Unternehmen im Rahmen der zu diesem Zweck gegründeten Ad-hoc-Gruppe „Soziale Verantwortung“ fortzusetzen, um zu einer gemeinsamen Erklärung zu gelangen;
- erklären sich damit einverstanden, miteinander über alle geeigneten Maßnahmen für die Berufsbildung zu sprechen, die eine gute Vorbereitung auf den Beitritt sowie gegebenenfalls eine gute Umorientierungsfähigkeit unterstützen.

Gemäß dem Übereinkommen über den europäischen sozialen Dialog zwischen dem CEFS und der EFFAT ist es in keiner Weise Ziel des erweiterten Dialogs, an die Stelle des nationalen Dialogs zu treten. Die Rechte und die Zuständigkeiten der nationalen Partner bleiben unverändert. Sein Bestreben ist es, diesen Dialog zu ergänzen, indem es die Grundlage für konkrete und pragmatische Maßnahmen zum Zwecke der Verstärkung der sozialen Verantwortung jedes Einzelnen im Rahmen der Erweiterung bildet.

Schlussfolgernd sprechen die Sozialpartner den Wunsch aus, dass - mit der Hilfe und der Unterstützung durch die Behörden - ein wirklich konstruktiver und verantwortlicher Dialog eingeleitet wird, dessen Ziel es ist, die Grundlagen eines erweiterten Europa zu legen, das in der Lage ist, soziales Modell und wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit für die Bewerberländer miteinander zu verbinden.

Bratislava, den 5. November 2002



Harald WIEDENHOFER
Generalsekretär
EFFAT



Jean-Louis BARJOL
Generaldirektor
CEFS

⁴ Richtlinie über die Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer Nr. 2002/14/EG – 9. Begründungspunkt – ABl. L 80 vom 23.3.2002